

- Der Landesnachhaltigkeitsbeirat begrüßt das Positionspapier aus der brandenburgischen Wirtschaft zur Dekarbonisierung der wirtschaftlichen Aktivitäten im Land Brandenburg. Vor allem der Schwerpunkt auf Transformationsprozesse im Bereich industrieller Produktion und Dienstleistungen wird vom Beirat mit Nachdruck unterstützt.
- 2. Der Nachhaltigkeitsbeirat teilt die Einschätzung aus dem Positionspapier, dass im Land Brandenburg ein großes Potenzial besteht, sich zu einer Modellregion für nachhaltige Innovationen und eine ambitionierte Klimapolitik zu entwickeln. Dazu ist eine enge und konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Wirtschaftsunternehmen, den politischen und administrativen Institutionen, den zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Bürgerschaft unerlässlich. Diese Kooperation zu initiieren, zu fördern und zu stärken, ist eine wichtige Aufgabe der Landespolitik. Sie sollte auch in der Landesnachhaltigkeitsstrategie ihren Niederschlag finden.
- 3. Der Nachhaltigkeitsbeirat schließt sich der Forderung im Positionspapier an, den Ausbau der erneuerbaren Energien in Brandenburg über die bisherigen Ausbauzielehinaus voranzutreiben. Dazu sind drei Voraussetzungen zu erfüllen:
 - a. Zum einen müssen mehr Flächen ausgewiesen werden, auf denen Anlagen zur Generierung erneuerbarer Energie errichtet werden können. Die dazu notwendigen Planungen (Bebauungsplanung., Regionalplanung, etc.) sollten zügig, benutzerfreundlich und bedarfsgerecht erfolgen.
 - b. Zum zweiten sollte sich die Landesregierung dafür einsetzen, die Genehmigungsverfahren für Energieanlagen aus erneuerbaren Quellen sowie der dazu notwendigen Infrastruktur zu vereinfachen und zu verschlanken. Dazu sollten zum einen die Möglichkeiten des bestehenden Planungsrechts zur Beschleunigung von Verfahren genutzt, zum anderem gemeinsam mit anderen Ländern und dem Bund das Planungsrecht entsprechend angepasst werden.
 - c. Zum dritten sollten mehr Möglichkeiten der direkten Bürgerbeteiligung genutzt werden, um, auch die Bürgerinnen und Bürger stärker an der Energiewende teilhaben zu lassen. Eine professionell organisierte und strukturierte Beteiligung steht dem angestrebten Ziel einer Beschleunigung des Prozesses nicht entgegen, ist aber wichtig, um mit Hilfe von Dialog und gemeinsamer Planung Bürgerinnen und Bürger aktiv an der Gestaltung ihrer Umgebung zu beteiligen. Neben der politischen Beteiligung ist auch eine Teilhabe an den wirtschaftlichen Einnahmen in Form von Bürgerenergie, Genossenschaften oder Anteilsscheinen ein wesentlicher Motivator für Akzeptanz. Dadurch dass man selber Miteigentümer oder Miteigentümerin einer Energieanlage wird, identifiziert man sich gleich mehr mit diesem Vorhaben.
- 4. Der Nachhaltigkeitsbeirat teilt die Einschätzung aus dem Positionspapier, dass auch in Brandenburg Elektrolyseanlagen benötigt werden, um vor allem für industrielle Prozesse (Zement, Chemie) "grüne" Brennstoffe bereit zu stellen. Der Beirat begrüßt daher das Vorhaben eines Wasserstoffclusters in Ostbrandenburg, sieht aber noch weiteren Entwicklungsbedarf im Hinblick auf den Ausbau von Wasserstoffpipelines und die dezentrale



Ansiedlung von Elektrolyseanlagen, vor allem in der Umgebung von Windkraftparks. Auch der Strukturwandel in der Lausitz könnte durch einen Fokus auf Wasserstoff-basierte Energieerzeugung eine tragfähige Zukunftsperspektive erhalten. Allerdings ist dem Beirat auch bewusst, dass diese klimaneutrale Form der Produktion von gasförmigen und flüssigen Brennstoffen für den industriellen Einsatz heute noch nicht wirtschaftlich ist. Hier sind Anschubfinanzierungen notwendig, um den Strukturwandel in den CO2 intensiven Produktionsprozessen nachhaltig voranzubringen. Die Landesregierung sollte hier zum einen mit eigenen Mitteln den Übergang zu Wasserstoff-basierten Produktionsverfahren vorantreiben, zum andern Initiativen von Bund und EU anregen und unterstützen, um eine wirksame Förderpolitik für den Einsatz von Wasserstoff für industrielle Produktionsprozesse zu gewährleisten.

- 5. Der Beirat unterstützt die Forderung im Positionspapier, dass die Landesregierung im Rahmen der jeweiligen Ressortplanung (vor allem in der integrierten Energie- und Klimastrategie), aber auch in der übergeordneten Nachhaltigkeitsstrategie die Weichen für eine integrativ angelegte Sektorenkopplung von Strom, Wärme und Mobilität stellt. Dazu müssen Konzepte für Speichertechnologien und deren Umsetzung im Lande, Ausbaustrategien der Elektrifizierung im Wärmesektor (Wärmepumpen, Fernwärme auf Basis erneuerbarer Energien) und die weitere Elektrifizierung mit der notwenigen Infrastruktur (Ladesäulen) für den Individualverkehr entwickelt und umgesetzt werden. Gleichzeitig ist eine intensivere Förderung und Unterstützung für Energieeinsparungen über alle Sektoren hinweg und der Ausbau einer klimafreundlichen Infrastruktur im Bereich Mobilität (Fahrradwege, öffentlicher Nahverkehr, neue Siedlungskonzepte, etc.) anzustreben.
- 6. Der Beirat unterstützt die Forderung nach einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft. Dazu sind möglichst einheitliche Normen für eine landesweite Kreislaufwirtschaft, besonders in Bezug auf Abfallmanagement und Rohstoffverarbeitung, notwendig. Zudem kann die Landesregierung Runde Tische entlang der Wertschöpfungsketten (vor allem in der Bauindustrie) ins Leben rufen und fördern, damit alle Akteure gemeinsam entlang der Wertschöpfungskette Prinzipien und Praktiken der Kreislaufwirtschaft umsetzen.
- 7. Der Beirat schließt sich der Forderung im Positionspapier an, die Modernisierung der Verwaltungen, vor allem zur Einführung und Nutzung digitaler Dienstleistungen, voranzutreiben. Diese Forderung steht nur indirekt im Bezug zur Dekarbonisierung, kann aber zur besseren Effektivität und Effizienz der Landesplanung sowie der Genehmigungsverfahren beitragen.
- 8. Voraussetzung für eine innovative und nachhaltige Umstrukturierung der Wirtschaft in Brandenburg ist eine leistungsstarke und kompetenzvermittelnde Bildungslandschaft. Dabei sind vor allem drei Aspekte zu beachten:
 - a. Brandenburg braucht attraktive Bildungsangebote beginnend mit der frühkindlichen und schulischen Bildung, über die Berufsausbildung, (duale) Studiengänge bis zu geeigneten Weiterbildungsformaten – um hochqualifizierte und motivierte Fach- und Nachwuchskräfte auszubilden.



- b. Die Herausforderungen der Dekarbonisierung sind hochkomplex, sie erfordern neue Berufsbilder und neue fachliche Schwerpunkte und Inhalte in Berufsausbildung und Studium, denen sehr schnell Rechnung getragen werden muss.
- c. Mit den Hochschulen und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Brandenburg ist auch ein hohes Potenzial an wissenschaftlicher Expertise und innovativen Ideen vorhanden. Diese Potenziale stärker für eine nachhaltige Transformationen der Wirtschaft zu nutzen, ist eine wichtige landespolitische Aufgabe, die durch neue (auch digitale) Netzwerke von Forschung, Bildung und Wirtschaft im Kontext lebenslangen Lernens unterstützt werden kann.

Über den Bereich der Wirtschaft hinaus unterstützt der Beirat Bemühungen des Landes zur allgemeinen Förderung von Bildung für nachhaltige Entwicklung, die sich an Bürgerinnen und Bürger jeden Alters richtet. Hier kommen beispielsweise inhaltliche Schwerpunktsetzungen in der frühkindlichen und schulischen Bildung, die Förderung von freiwilligem Engagement sowie die Erweiterung des Zwecks eines Bildungsurlaubes um den Aspekt der Bildung für nachhaltige Entwicklung infrage.

9. Der Landesnachhaltigkeitsbeirat begrüßt, dass im vorliegenden Positionspapier wichtige Impulse zur Förderung der Attraktivität des Standorts Brandenburgs gesetzt werden. Gerade diese aus verschiedenen Perspektiven und Interessenslagen auszuloten, ist die derzeitige Herausforderung hin zu einem attraktiven und nachhaltigen Leben und Wirtschaften in Brandenburg.



Der Beirat:

Prof. Dr. Drs. h.c. Ortwin Renn, wissenschaftlicher Direktor am Potsdamer Institut für Transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS), Vorsitzender

Prof. Dr. Gesine Grande, Präsidentin der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg (BTU), stellenvertretende Vorsitzende

Prof. Dr. Ottmar Edenhofer, Direktor und Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), Direktor des Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC), Professor an der TU Berlin

Silke Hansen, Mitglied des Vorstandes des Landesjugendrings Brandenburg, Studienleiterin für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

Rüdiger Kuhn, Vertreter von Pro Brandenburg und Vorstandsvorsitzender der CEMEX Deutschland

Prof. Dr. Uta Steinhardt, Vizepräsidentin der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE)

Brandenburg, November 2021

Pfa Skinhamt

Ofwas Lilen Rofes

Clase Hansen